Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ¼3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 299. **Donnerstag** den 25. October 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die mit der Feier am 31. ds. Mon. verbundenen Herstellungen auf dem Marktplatze machen die Verlegung
des Wochenmarktes
auf kurze Zeit erforderlich.
Demgemäß wird derselbe am **25., 27., 30. ds. Mon.** und am **1. November ds. Js.** auf dem
Fleischerplatze
abgehalten.
Leipzig, den 22. October 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die nördlich der Straße C des nordwestlichen Bebauungsplans, zwischen der Waldstraße und Elsässer Straße gelegenen Reste der ehemal. Leidenroth'schen Ziegeleilachen sollen ausgefüllt werden. Zu diesem Zwecke kann daselbst guter gewachsener Boden unentgeltlich abgelagert werden; das Ablagern von Schutt, Asche, überhaupt allen verwehenden, verfaulenden und sonstigen den Boden oder das Grundwasser verunreinigenden Stoffen an jener Stelle ist jedoch bei Strafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haft verboten.
Leipzig, am 22. October 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 4214. Dr. Georgi. Dr. Kruppendorff.

Bekanntmachung.

An Stelle des am 1. Juni d. J. verstorbenen Herrn Stadtrath Hugo Schneider ist der Kaufmann
Herr **Heinrich Rudolph Frieling**
als unbesoldeter Stadtrath heute von uns in Pflicht genommen worden.
Leipzig, den 24. October 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Ausschreibung.

Die **Anstreicher-Arbeiten** zum Neubau des Feuerwehr-Depots an der Schenkendorfstraße sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Unterlagen für diese Arbeiten sind von unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, zu entnehmen und sind pro Exemplar 75 ₰ zu vergüten.
Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Anstreicher-Arbeiten zum Feuerwehr-Depot"
versehen ebendaselbst bis 2. November d. J. Nachmittags 5 Uhr abzugeben.
Die Ablehnung sämmtlicher Gebote und die Auswahl unter den Angeboten behalten wir uns vor.
Leipzig, den 22. October 1888.
Ib 4283. **Die Raths-Baudeputation.**

Nichtamtlicher Theil.

Rußland und die Türkei.

Gegenwärtig beschäftigt sich die panslawistische russische Presse wieder mit dem Gedanken einer Verständigung zwischen Rußland und der Türkei. Dieser Gedanke wurde schon bald nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges von 1877/78 erörtert und sogar bis zum Vorschlag eines russisch-türkischen Schutz- und Trutzbündnisses erweitert, bald aber zerfloß diese Seifenblase, weil die öffentliche Meinung Europas den Unsinn eines Bündnisses zwischen Wolf und Schaf selbstverständlich zurückweisen mußte. Heute taucht dieser längst als abgethan geltende Gedanke in der gemäßigten Form einer Verständigung zwischen Rußland und Türkei wieder auf. Die Frage, was den Inhalt der Verständigung bilden soll, wird von der „Moskauer Zeitung" dahin beantwortet, daß Rußland der Türkei ihren Besitzstand gewährleisten soll, während Rußlands Bestreben darauf gerichtet sei, seinen verlorenen Einfluß bei den christlichen Völkern der Balkanhalbinsel wieder zu gewinnen und die Meerengen fremden Kriegsschiffen, die etwa beabsichtigen sollten, in das Schwarze Meer einzudringen, zu versperren.

Daß Rußland seinen Einfluß auf die christlichen Völker der Balkanhalbinsel wieder gewinnen will, ist bekannt und entspricht vollkommen der russischen Politik, aber andererseits ist es unzweifelhaft, daß dieser Einfluß nur auf Kosten der Türkei ausgeübt werden kann; diesem Grunde steht die Verbürgung des türkischen Besitzstandes durch Rußland mit der russischen Balkanpolitik in unlösbarem Widerspruch, und deshalb ist auch die Türkei niemals in der Lage, sich mit Rußland verständigen zu können. Aber einen Zweck muß doch das Gerede über eine solche Verständigung haben, und ein solcher ist auch vorhanden. Die Türkei soll ihr eigenes Todesurtheil unterschreiben, damit Rußland endlich sein längst erstrebtes Ziel auf der Balkanhalbinsel erreichen kann. Bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Verhältnisse ist es nicht möglich, daß Rußland gegen die Türkei Gewalt übt, als etwa Bulgarien besetzt gegen den Willen der suzeränen Macht, aber wenn die Türkei sich eine solche Maßregel gefallen läßt, dann hofft Rußland auch die Zustimmung der übrigen Unterzeichner des Berliner Friedensvertrages vom 13. Juli 1878 zu erlangen. Das ist der einzig mögliche Sinn, welchen man den Besprechungen einer russisch-türkischen Verständigung unterlegen kann.

Was die „Nowoje Wremja" von den natürlichen Verbündeten, Russen und Türken, fabelt, hat etwa die gleiche Bedeutung, als wenn man die Turkmenen der Achal-Teke und Merw-Oase oder die Völker des Kaukasus als die Verbündeten der Russen bezeichnen wollte. Ein Bündniß Rußlands mit der Türkei ist nur ein anderes Wort für Unterwerfung der Türkei unter den Willen Rußlands. Es ist klar, daß sich die Türkei niemals freiwillig zu einem solchen Verzicht auf ihre staatliche Existenz verstehen wird, und deshalb ist es feststam, daß die panslawistische Presse immer aufs Neue von Bündnissen oder Verständigungsversuchen zwischen Rußland und der Türkei zurückkommt. Ein Bündniß ist überhaupt nur zwischen Mächten von annähernd gleicher Leistungsfähigkeit oder wenigstens nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die Verbündeten gemeinsame Feinde zu bekämpfen haben. Keine von beiden Voraussetzungen trifft für Rußland und die Türkei zu, Rußland hat weder Feinde, welche die Türkei abwehren könnte, noch ist die Türkei Angriffen ausgesetzt, gegen welche ihr Rußland Schutz bieten könnte, der einzige Feind, den die Türkei zu fürchten hat, ist Rußland, und dieser Feind ist für sie um so furchtbarer, weil ein Sieg Rußlands über die Türkei zugleich den Wunsch nach Landerwerb auf ihre Kosten bei anderen Mächten anregt, wie das Beispiel des letzten russisch-türkischen Krieges gelehrt hat.

Von der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit der Türkei sich eine richtige Vorstellung zu machen, ist sehr schwer, weil über den wahren Sachverhalt wenig oder nichts in die Oeffentlichkeit dringt. Bekanntlich ist der Sultan seit einer Reihe von Jahren bemüht, seine Armee und seine Verwaltung, besonders die Finanzverwaltung, nach preußischem Muster umzugestalten, er hat zu dem Zweck preußische Beamte und Officiere nach Konstantinopel kommen lassen und sie trotz wiederholter Verabschiedungsgesuche bisher an sich zu fesseln gewußt. Die Verhältnisse liegen aber in der Türkei für die geplanten Reformen so schwierig, daß sicher nur ein kleiner Theil der Thätigkeit der preußischen Beamten und Officiere gute Früchte für das Ganze getragen hat, und die Unmöglichkeit, die aufgewendeten Bemühungen so fruchtbringend zu gestalten, wie es die betreffenden Personen, welche sie aufwenden, wünschen müssen, war wohl auch der Hauptgrund, welcher die wiederholten Abschiedsgesuche derselben veranlaßt hat. Die meiste Wirkung dürfte aber in militairischer Beziehung zu spüren sein, wenigstens ist das aus der Dauer zu entnehmen, während welcher Golz Pascha sich schon in der Türkei aufhält.

Die Politik der Türkei ist seit Beendigung des letzten russisch-türkischen Krieges auf Erhaltung ihres Besitzstandes gerichtet gewesen, und dieses Streben ist auch nicht ohne Erfolg geblieben, wenn auch die Engländer Egypten besetzt und und die Franzosen Tunis mit ihrer Schutzherrschaft beglückt, endlich die Italiener Massauah ihrem Machtbereich einverleibt haben. Endgiltige Zustände sind in keinem der drei Gebiete geschaffen worden, und auf der Balkanhalbinsel ist trotz mannigfaltiger Formveränderungen doch im Ganzen und Großen Alles beim Alten geblieben, denn Das, worauf es ankommt, Rußland von der Halbinsel fern zu halten, ist gelungen. Daß die Lage der Türkei dessen ungeachtet sehr bedenklich ist, und daß sie einem erneuten Angriff Rußlands kaum Stand halten dürfte, ist eine Thatsache, die davon unabhängig ist, aber darin beruht eben der Vortheil der Gegenwart für die Türkei, daß Rußland es nicht in seinem Interesse erachtet, den Frieden Europas unter den bestehenden Bündnißverhältnissen zu stören.

Es ist ein Zeichen der relativ günstigen Lage der Türkei, daß die russische panslawistische Presse jetzt den Zeitpunct für gekommen erachtet, das Märchen von russisch-türkischen Verständigungsversuchen wieder aufzuwärmen, man erkennt daraus, daß Rußland vorläufig den Plan aufgegeben hat, seinen verlorenen Einfluß auf der Balkanhalbinsel gewaltsam wieder zu gewinnen. Bulgarien hat unzweifelhaft Unabhängigkeitsgelüste, aber es würde sehr thöricht handeln, wenn es den formellen Schutz, welchen es durch das Vasallenverhältniß zur Türkei in Europa genießt, gegen ein leeres Wort vertauschen wollte. Bulgarien ist als Vasall der Türkei weit unabhängiger, als ohne diesen sehr losen Zusammenhang mit der suzeränen Macht, die Zerreißung dieses Verhältnisses würde die Bürgen des Berliner Friedensvertrages zum Einschreiten veranlassen, wie es die Erklärung der Vereinigung von Nord- und Südbulgarien bewirkt hat. In diesem Falle hat die Türkei ihre Zustimmung zu der Veränderung der staatsrechtlichen Stellung Ostrumeliens zur Türkei gegeben, während Rußland dagegen Widerspruch erhoben hat, dagegen würde die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens die gesammten Unterzeichner des Berliner Friedensvertrages auf die Seite der Türkei rufen. Oesterreich-Ungarn vertritt die Unabhängigkeit der Balkanstaaten aber nur unter Aufrechterhaltung der Bedingungen des Berliner Friedens. Denselben Standpunct nimmt die Türkei ein, und deshalb kann von einer Verständigung der Türkei mit Rußland, unabhängig vom übrigen Europa, nicht die Rede sein.

Leipzig, 25. October.

* Zu der Frage einer Reichscivilliste des Kaisers wird dem „Hamburger Correspondenten" geschrieben: „Die Auseinandersetzungen über das in dieser Richtung bestehende Bedürfniß, die jetzt wieder auftauchen, weisen deutlich auf diese Angelegenheit hin, die, wie es scheint, im Wege eines Initiativantrags aus dem Schooße des Reichstags heraus zur Erledigung gebracht werden soll. Auf alle Fälle werden Anträge dieses Inhalts im Reichstage nicht gestellt werden können, ehe feststeht, daß die Bundesregierungen der Einstellung eines bezüglichen Ausgabetitels in den Etat geneigt sind."

* Dem „Hamburger Correspondent" wird von einem Berliner Gewährsmann, den das Blatt ausdrücklich als besonders zuverlässig bezeichnet, geschrieben: „Was den Besuch des Kaisers im Vatikan angeht, so darf angenommen werden, wenn schon Authentisches darüber nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, und wohl auch nicht dringen wird, daß sich der deutsche Kaiser gegenüber der vom Papste ausgesprochenen Hoffnung, Deutschland werde zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes gegenüber dem Könige von Italien Stellung nehmen, vollständig ablehnend verhalten hat." — Es hängt vielleicht mit dem Verlauf des Besuches im Vatikan zusammen, daß der vatikanische „Moniteur de Rome" gerade jetzt einen enthusiastischen Artikel über das Centrum und Herrn Windthorst bringt. Was dabei über die preußische Schulgesetzgebung und den bezüglichen Antrag Windthorst gesagt wird, ist in hohem Grade confus; man kann ja auch kaum verlangen, daß die Redaction des „Moniteur de Rome" dieselbe kennt. Worauf es bei dem Artikel ankam, das war offenbar die Belobigung des Centrums für die jüngsten Reden zu Gunsten der weltlichen Papstherrschaft.

* Eine wesentliche Bestimmung des Entwurfs über die Alters- und Invalidenversorgung, und zwar eine solche Bestimmung, betreffs deren man eine völlige Einigkeit unter den Parteien annahm, ist kürzlich von einem socialdemokratischen Redner, neuerdings auch von einem deutschfreisinnigen Reichstagsmitgliede bekämpft worden. Es ist dies die Bestimmung, daß die Beiträge zu je einem Drittel vom Reich, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringen seien. Der frühere Abgeordnete v. Bollmar widersprach bekanntlich in einer Versammlung zu München diesem Grundsatze; es sei die Aufbringung der Beiträge Sache des Reichs und der Arbeitgeber. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete R. Schmidt (Lennepp-Mettmann, früher Elberfeld-Barmen) hat in einer Rede zu Remscheid, anläßlich seiner dort erfolgten Aufstellung als Landtagscandidat, genau dasselbe gesagt und hinzugefügt, daß die deutsche Industrie auch recht wohl im Stande sei, die erforderlichen Opfer ohne Belastung der Arbeiter zu tragen. Das sind indeß bis jetzt die einzigen Stimmen, die sich gegen die Vertheilung der Beiträge erhoben haben. Die Arbeiter denken im Ganzen nicht daran, das zu verlangen, was Herr Schmidt ihnen geben will. Man könnte vielleicht sagen, daß es vom socialistischen Standpuncte consequent wäre, alle Aufgaben für die Versicherung dem Reiche aufzubürden und daß damit auf die weitergehenden socialistischen Forderungen noch in keiner Weise verzichtet wäre. Es hat aber doch wohl seine Gründe, wenn die Arbeitervertreter das nicht verlangen und in diesem Puncte der Vorlage nicht opponiren, welche sie aus anderen Gründen für unannehmbar erklären. Im Reichstage wird es wohl zu einer eingehenden Discussion auch dieses Punctes in der Alters- und Invalidenversicherung kommen.

* Im Wahlkreise Ansbach-Schwabach hat am Montag eine Wahl zum Reichstag an Stelle des verstorbenen Hospitanten der nationalliberalen Partei, Seybold, stattgefunden. Das Resultat ist eine Stichwahl zwischen dem Candidaten der Conservativen und Nationalliberalen, dem freiconservativen Herrn von Lerchenfeld und dem volksparteilichen Candidaten Kröber, der bereits früher den Wahlkreis vertreten hat. Die genauen Zahlen der Abstimmung liegen noch nicht vor; jedenfalls war die Wahlbetheiligung eine sehr geringe. Der Wahlkreis war 1871 bis 1874, 1878—81 und seit 1887 nationalliberal, sonst immer fortschrittlich oder volksparteilich vertreten. Bei der Stichwahl wird natürlich die ganze Gesellschaft, Deutschfreisinnige, Ultramontane, Demokraten und Socialdemokraten zusammengehen und die Hoffnungen, die Wahl des Herrn von Lerchenfeld durchzusetzen, sind somach nicht allzu groß. Viel Staat wird mit dieser demokratisch-ultramontan-socialistischen Wahl freilich nicht zu machen sein.

* Die „Germania" hat in diesen Tagen zwei Artikel über den angeblich in Aussicht stehenden Coadjutor des Bischofs von Limburg gebracht. Im ersten wurde die angebliche Thatsache berichtet, im zweiten wurden die ausgesuchtesten Liebenswürdigkeiten gegen den jetzigen Bischof von Limburg daran geknüpft. Nun weiß man weder in Rom, noch in Berlin etwas von dieser „Frage"; an beiden Stellen hatte man nicht den leisesten Gedanken daran — und aus sich heraus kann sich doch der Bischof keinen Coadjutor beilegen. Was ist also die Veranlassung, weshalb die „Germania" über den armen Bischof von Limburg so viel Bosheit ausschüttet? Derselbe hatte bei den Septennatswahlen das Unglück gehabt, anderer Ansicht zu sein als Herr Windthorst und in Befolgung der päpstlichen Weisung das Verbrechen begangen, seine Ansicht seinem Klerus mitzutheilen. Damit er solches jetzt nicht wieder versuche, mußte er kaltgestellt werden. Es wurde demnach schnell jene Lüge ausgeheckt und dann wurde Herr Dr. Hilpisch — der angeblich vorgesehene Coadjutor — hinterher von der „Germania" benutzt, um reiche Galle über den Bischof auszugießen. Beide Artikel waren demnach bestellt zu obigem Zwecke; das nennt sich ultramontane Ehrlichkeit „für Recht und Wahrheit" und Achtung vor der kirchlichen Obrigkeit. Fast scheint es, als ob nur noch diejenigen Bischöfe vor dem Schmutz der Centrumspresse sicher sind, denen Herr Windthorst das Concept dictirt; die anderen sind vogelfrei.

* Von Herrn Ober-Reichsanwalt Dr. Tessendorff geht dem „Berliner Tageblatt" folgende Erklärung zu: „Die Nachricht von einer in der Untersuchungssache gegen den Dr. Geffcken stattgehabten Vernehmung des Oberhof- und Hausmarschalls von Liebenau entbehrt jeder Begründung. Der Ober-Reichsanwalt. Gez.: Tessendorff."

* Der Rittergutsbesitzer Sombart-Ermsleben läßt seinen beiden ersten Artikeln in der „Magdeburgischen Zeitung" jetzt einen dritten folgen, worin zunächst die Boden-Analyse der chemischen Versuchsanstalt zu Bremen, die fünfzigjährigen Durchschnittszahlen der Beobachtungen über die klimatischen Verhältnisse, die statistischen Aufnahmen über die Bodenvertheilung und die Viehhaltung mitgetheilt werden. Der Verfasser empfiehlt schließlich neben den früher vorgeschlagenen Mitteln zur Hebung der Wirthschaften und zur raschen Verdeutschung Lothringens auch den Ankauf von Gütern durch den Staat, welcher Private diesem Beispiel schneller zu folgen pflegen, namentlich aber für intelligente deutsche Pächter ein Feld der Thätigkeit eröffnet würde. Die Finanzen der Reichslande befinden sich in einer so günstigen Lage, daß mit Leichtigkeit jährlich einige Millionen Mark zum Ankauf von Domänen verwendet werden könnten. Abgesehen von den Jahresüberschüssen, welche anderthalb Millionen übersteigen, könnte noch eine ebenso hohe Summe aus dem Schulden-Tilgungsfonds entnommen und zu jenem Zwecke verwendet werden, indem die contrahirten Reichsschulden zu einem viel höheren Satze amortisirt worden, als gesetzlich vorgeschrieben ist. Angesichts solcher Umstände hält Herr Sombart es für geboten, daß seitens der maßgebenden Factoren die Frage des Ankaufs von größeren Gütern in Lothringen durch den Staat einer ernsten Erwägung unterzogen, und das Eisen geschmiedet würde, jetzt, wo es warm ist!

* Dem „Neuen Wiener Tageblatt" wird aus den Reichslanden gemeldet, daß dort Feuerzeuge verbreitet werden, welche das Bildniß des Prinzen Alexander von Battenberg mit der Bezeichnung bald als General, als Oberst der Cavallerie, als König der Reichslande, als Großherzog von Elsaß-Lothringen, oder kurz als Alexander I. von Elsaß-Lothringen tragen. „Wir haben", bemerkt die „Post" dazu, „keinen Grund, an der Richtigkeit der Meldung des Wiener Blattes zu zweifeln, denn es mag noch heute in Battenberg'schen Kreisen unvergessen sein, daß die Frage, ob dem Ex-Fürsten von Bulgarien die Reichslande anzuvertrauen seien, unter der Regierung Kaiser Friedrich's in der That ventilirt worden ist. Die Freunde des Prinzen Alexander, die jetzt in so kindischer Weise Propaganda für ihn zu machen versuchen, wissen wahrscheinlich nicht, daß die ganze Sache von Anfang an aussichtslos war, da eben nicht die germanischen Garantien dafür vorlagen, daß Prinz Alexander dem deutschen Kaiser treuer gewesen sein würde, als er es dem Kaiser von Rußland gewesen ist."

* In den letzten Tagen war wieder viel die Rede von russischen Truppenverschiebungen nach dem Westen, sogar das Wiener „Fremdenblatt" glaubte diesen Vorgang aufs Neue beachten zu müssen. Die „Post" macht jedoch aufmerksam, daß diese Verschiebungen bereits im Frühjahr von Petersburg aus angekündigt waren. Daß die russische Politik in diesem Augenblick sich mit den unmittelbaren Vorbereitungen einer kriegerischen Action nach dem Westen beschäftigen sollte, erscheint durch die europäische Gesammtlage völlig ausgeschlossen. Seit dem Besuch des deutschen Kaisers in Petersburg sind die Beziehungen mit dem russischen Hofe und mit der russischen Regierung fortdauernd gute und freundschaftliche geblieben. Man wird daher auch im größeren Publicum gut thun, sich zur Zeit aller Besorgnisse zu erwehren, bei denen man nicht weiß, von wem und zu wessen Vortheil sie ausgestreut werden.

* Die Bukarester „Vointa Nationale", das Organ Bratiano's, meldet, daß der russische Gesandte am königlich belgischen Hofe Fürst Urusoff kürzlich in Ruginoasa, dem Wohnsitze des Fürsten Cuza, bei Jassy, gewesen und dort mit dem rumänischen Premier-Minister Rosetti, einem Onkel des Fürsten Cuza, zusammengetroffen ist. Diese Meldung, welche bisher einen Widerspruch nicht erfahren hat, gewinnt ein besonderes Interesse durch den Umstand, daß Fürst Urusoff für den Verfasser des im letzten Jahre veröffentlichten gefälschten Briefes gilt, welcher angeblich von dem Prinzen Ferdinand von Coburg herrührte und zu dem bekannten Mißverständnisse zwischen dem russischen Kaiser und dem Fürsten Bismarck führte. Wenn auch das Zusammentreffen in Ruginoasa ein zufälliges sein mag, so erscheint es immerhin der Beachtung werth, daß Persönlichkeiten wie Rosetti und Fürst Urusoff sich in dem Hause des rumänischen Thron-Prätendenten zusammenfinden.

* Als die Nachricht von der Beschimpfung des deutschen Wappens in Havre nach Paris gelangte, hatte die „France" die Unverschämtheit, zu behaupten, daß „zweifellos" die Thäter Deutsche gewesen seien; es sei das auch um deshalb wahrscheinlich, weil die angestellten Untersuchungen über das Umreißen der Grenzpfähle an der deutsch-französischen Grenze stets die Thäterschaft deutscher Staatsangehöriger ergeben hätten. Die „France" fügte dann frecher Weise hinzu, falls ausnahmsweise die Schuldigen Franzosen sein sollten, so hoffe sie, daß dieselben die gebührende Strafe für eine ebenso unvernünftige als gefährliche Handlung erhalten würden. Die „Schuldigen", deren Bestrafung das saubere Blatt verlangt, sind aber ohne allen Zweifel durch die täglichen Hetz- und Schmähartikel der „France" und der anderen Schandblätter dazu aufgereizt worden, das deutsche Wappenschild abzureißen und dadurch ihren Haß zu bekunden.

* Der Putschmonat September ist in Spanien vorübergegangen, ohne daß Sagasta Gelegenheit gehabt hätte, gegen die republikanischen Ruhestörer die nationale Fahne zu entfalten, bei deren Anblick sonst alle monarchistischen Politiker der Rechten wie der Linken, von Canovas und Pidal bis zu Castelar, ihre Partei-Interessen zu vergessen und sich um Sagasta als den Führer gegen den gemeinsamen Feind zu schaaren pflegten. Dieses Band, das sich erst wieder lockerte, wenn die Gefahr vorüber war und das Cabinet seinen Bestand neu gefestigt hatte, fehlt heute, und Sagasta sieht sich gezwungen, nach rechts oder nach links Front zu machen und die Zähne zu zeigen. Nachdem man eingesehen hatte, daß die Verschleppungspolitik nicht länger fortgesetzt werden konnte, sollte am Sonntag im Ministerrath ein endgiltiger Entschluß über die Stellungnahme zu der dringendsten Frage, der Heeresreform und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, gefaßt werden. Wie verlautet, ist das Cabinet dahin übereingekommen, die Absicht, die hauptsächlichsten Bestimmungen des Entwurfs durch königlichen Erlaß in Kraft zu setzen, fallen zu lassen und vor den im November zu berufenden Cortes die allgemeine Wehrpflicht zu vertreten und von ihrer Genehmigung den Bestand des Cabinets abhängig zu machen. Dieser Beschluß bedeutet, in die Sprache des die spanische Politik maßgebend beeinflussenden „Personalismo" übersetzt, den Sieg Cassola's über Martinez Campos, der zweifellos darin seine Erklärung findet, daß ein dritter ausschlaggebender Factor in dieser aus Eigennamen bestehenden Richtung der Demokratenführer Lopez Dominguez auf die Seite Cassola's getreten ist. Vorläufig triumphirt also die Militairpartei, aber sie dürfte die Erfahrung machen, daß die so kräftig angelegte Vorlage Cassola's aus den Berathungen der Cortes ebenso verdünnt und verwässert hervorgeht, wie etwa das Gesetz über die Civilehe.

* Generalmajor Prshewalskij, der bekannte russische Asienforscher, hat, wie die „Turkest. Wedom." melden, am 20. September mit seinen beiden Begleitern Roborowskij und Koslowskij Taschkent passirt, um sich weiter nach Werny und Karakul zu begeben, wo die Expedition ihre Ausrüstung beendet. Zur Completirung des Etats an Mannschaften für die Expedition hat General Prshewalskij aus den Turkestanischen Truppen 10 Mann ausgewählt, die sich durch moralische und tadellose Führung auszeichnen und außerdem im Besitze einer gesunden Körperconstitution sind. Die Mannschaften wurden den Schützen, Sappeuren und Linientruppen entnommen. Die Zahl Derer, die den Wunsch hatten laut werden lassen, General Prshewalskij auf seiner ebenso weiten, als beschwerlichen und gefährlichen Expedition zu begleiten, war so groß, daß er die vollkommenste Möglichkeit besaß, eine möglichst sorgfältige Auswahl treffen zu können.

* Einem Privatbriefe eines Officiers des königl. Sachsen-Regiments über die Expedition nach dem Schwarzen Bergen im Nordwesten von Indien sind die folgenden Sätze entlehnt: „Die Schwarzen Berge sind 12 000 Fuß hoch. Wir haben deshalb die Ehre, fast in der höchsten Höhe zu kämpfen, in der Truppen jemals gefochten haben. Nur die Sikkim-Expedition muß Krieg führen in einer noch größeren Höhe, 13 000 Fuß über dem Meeresspiegel. Im Hauptquartier hofft man, daß unser Feldzug in sechs Wochen, vom Beginn desselben an gerechnet, zu Ende ist. Ich bin jedoch nicht ganz so sanguinisch. Sollte die Expedition vor Anbruch des Winters nicht zu Ende geführt werden, so müssen wir im Frühjahr nochmals in das Gebirge, wo wir dann sechs Monate für den Feldzug vor uns hätten.

* In der kanadischen Provinz Manitoba ist der längst befürchtete Eisenbahnkrieg ausgebrochen. Einem Telegramm der „Vossischen Zeitung" zufolge ist die kanadische Pacificbahn entschlossen, den Zügen der Red River-Eisenbahn das Befahren ihres Gleises nöthigenfalls gewaltsam zu verwehren. Die Miliz wurde aufgeboten. Ein Zusammenstoß scheint unvermeidlich zu sein. Die Aufregung ist groß.

SLUB
Wir führen Wissen.